

II-3928 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1917/J

1982-06-01 Anfrage

der Abg. Dipl.Ing. Marlies MÖST
und Genossen
an den Bundesminister für soziale Verwaltung
betreffend Forderung der Sozialistischen Jugend nach
Abtreibung auf Krankenkassenkosten

Unter den Anträgen an den 19. Verbandstag der Sozialistischen Jugend, der am 8. und 9. Mai 1982 in Linz abgehalten worden ist, fand sich auch die Forderung nach "Abtreibung auf Krankenschein". Neben der grundsätzlichen Kritik der Anfragesteller an der ethischen Grundeinstellung sowie am fehlenden Verantwortungsbewußtsein derer, die diese Forderung aufgestellt haben, vertreten die Anfragesteller auch die Auffassung, daß in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, in denen unter anderem ein teilweise unerträglicher Selbstbehalt für Heilbehelfe bei Behinderten mit laufenden Beitragsanhebungen einhergeht, eine solche Forderung auch aus finanziellen Überlegungen unakzeptabel ist.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für soziale Verwaltung folgende

Anfrage:

1. Werden Sie die Forderung der Sozialistischen Jugend nach Abtreibung auf Krankenkassenkosten aufgreifen ?

- 2 -

2. Welche Kosten zöge die Verwirklichung dieser Forderung nach sich ?
3. Sind Sie bereit, die Krankenversicherungsträger anzuweisen, strikt darauf zu achten, daß keine Kosten für medizinisch nicht indizierte Abtreibungen von der sozialen Krankenversicherung getragen werden ?